

Kinkelstraße oder Judenstraße?

C.2
Thema:
Antisemitismus
AKTIVITÄT

➔ Ablauf

Das Team verliest die Zeitungsmeldung, die die TeilnehmerInnen auch in Kopie erhalten. Dann wählen sich die TeilnehmerInnen jeweils zu zweit eine Personrolle. Sie haben 20 Minuten Zeit, sich die Perspektive ihrer Person genau vorzustellen und das Ereignis aus deren Sicht zu beschreiben.

Die TeilnehmerInnen stellen im Anschluss ihre Überlegungen für alle anderen im Plenum dar.

Fragen für die Auswertung

- War es für euch schwer oder einfach, sich die Perspektive der ausgewählten Person vorzustellen? Warum?
- Welchen Eindruck hatten die anderen aus der Gruppe bei der Vorstellung?
- Was waren die Hauptargumente der einzelnen Personen zur Rückbenennung? Welche waren besonders überzeugend, welche "eher daneben"?
- Worin seht ihr Gründe für die Unterschiedlichkeit der Standpunkte?
- Welche Position würdet ihr selbst einnehmen?
- Wie sollte sich eine Bezirksjugendgruppe oder ein Bezirksvorstand eurer Gewerkschaft eurer Meinung nach zu der Auseinandersetzung verhalten?

➔ Variante

Die verschiedenen Positionen können auch bei einer Veranstaltung zum Thema „Strassenrückbenennung richtig oder falsch?“ vertreten werden.



Kopiervorlage (vergrößern)

Gedenkfeier endet mit Eklat

Bei einer kleinen Zeremonie soll es antisemitische Zwischenrufe gegeben haben

Über einen antisemitischen Vorfall in Spandau hat sich am Wochenende eine erhitze Diskussion entwickelt – die Frage ist nur: Hat es ihn überhaupt gegeben? In der Spandauer Altstadt wurde am Freitag die Kinkelstraße in Judenstraße unbenannt. So hieß die Straße jahrhundertlang, ehe sie die Nazi-Stadtverwaltung 1938 neu benannte: in Erinnerung an einen Revolutionär von 1848, Gottfried Kinkel. Um die Rückbenennung in Judenstraße hatten sich die Spandauer Liberalen seit Mitte der 80er-Jahre bemüht. Doch es gab auch Gegner der Umbenennung. Sie schlossen sich in der „Bürgeraktion Kinkelstraße“ zusammen.

Bei einer kleinen Zeremonie kam es am Freitag nun zu folgendem Vorfall: Während einer kurzen Ansprache des von der FDP eingeladenen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Alexander Brenner, sollen „gesetzte Bürger“, wie der Gemeindechef der taz berichtete, unter anderem „Juden raus“ und „Ihr habt Jesus gekreuzigt!“ gerufen haben. Brenner sagt, er sei geschockt gewesen und habe „beinahe die Nerven verloren“. Dennoch habe er noch entgegen können: „Sie stellen sich, ob Sie wollen oder nicht, in eine Reihe mit den Nazis.“ Dann habe er seine Rede abgebrochen. Brenner zeigte sich gestern weiter „geschockt“ von dem Vorfall. Er sagte, so würden „Wunden aufgerissen“ – auch wenn solche Leute „zum Glück heute noch keine Macht“ hätten.

Siegfried Schmidt von der Bürgeraktion Kinkelstraße äußerte im Gegensatz zu Brenner jedoch Zweifel, ob es zu den antisemitischen

Rufen überhaupt gekommen sei. Auch wenn Schmidt einräumte, sich irren zu können, betonte er, dass er die Rufe nicht gehört habe. Zusammen mit anderen habe er gegen die Umbenennung protestiert – vor allem, weil sie ohne ausreichende Rücksichtnahme und Information der Anwohner vorgenommen worden sei. Er habe nach dem Abbruch der Rede Brenners rund 15 Anwesende gefragt, ob sie antisemitische Rufe gehört hätten. Alle hätten dies verneint. Auf seine Nachfrage bei der Polizei hieß es, auch die anwesenden Polizisten hätten keine antisemitischen Pöbeleien vernommen. Um die Sache aufzuklären, hätten nun drei Mitglieder der Bürgeraktion eine Strafanzeige gegen unbekannt erstattet. Gemeindechef Brenner erwägt, heute Gleiches zu tun.

Unterdessen hat der Präsident des Abgeordnetenhauses, Walter Momper (SPD), den Vorfall als „Schande“ verurteilt. Er sei betroffen – zumal er während einer Gedenkstättenfahrt zum früheren Konzentrationslager Stuttgart in Polen von dem „ungeheuerlichen Vorfall“ gehört habe. Auch künftig müsse immer wieder daran erinnert werden, dass der Antisemitismus in Deutschland zu millionenfachem Mord geführt habe. Entsetzt zeigte sich auch der evangelische Landesbischof von Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber: Dieser Fall von Antisemitismus habe ein bislang nicht gekanntes Ausmaß, da er erstmals im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung vorgekommen sei.

Aus: taz Berlin 4.11.2002, Philipp Gessler

! Ziele

- Erkennen, dass die Bewertung von Situationen und Vorgängen von der Perspektive und Lebenssituation von Menschen abhängt;
- Wahrnehmen, dass geschichtliche Ereignisse Verbindungen in die Gegenwart haben;
- Diskutieren, was Erinnerung heute bedeutet, insbesondere wenn sie in Konflikt kommt mit gegenwärtigen Interessen.

✓ Bedingungen

- Zeit: 60 - 90 Minuten
- TeilnehmerInnen: Seminargruppe
- Raum: Seminarraum und Möglichkeiten für Zweiergruppen, sich zurück zu ziehen
- Material: A4-Papier und Stifte, je eine Kopie der Zeitungsmeldung und einer Personenkarte pro TeilnehmerIn

Personenkarten

Lisa Maschke ist 15 und Schülerin der benachbarten Gesamtschule. Als sie in der Schule über den Nationalsozialismus geredet haben, war sie geschockt, dass so etwas vor 60 Jahren möglich war. Aber die Moralie ihres Lehrers geht ihr auch auf die Nerven. Als ob sie etwas dafür könnte. Dass in es in Spandau eine Judenstraße gegeben hat, hat sie vor ein paar Wochen gar nicht gewusst. Aber das Geschrei auf der Strasse hat sie gehört, als sie Freitag gerade einkaufen war. Bei ihr vorm Haus war noch nie eine Demo oder so was. Aber dieser Massenaufmarsch war ja eigentlich auch so gar nicht geplant. Seit Anfang des Schuljahres arbeitet sie in der Arbeitsgruppe Geschichtswerkstatt in der Schule mit. Da gehen sie der Geschichte ihrer Schule seit der Gründung 1902 nach. Das findet sie spannend. Irgendwann werden sie dann wohl auch danach forschen, was in ihrer Schule zur NS-Zeit passiert ist.

Frieda Berg lebt in Steglitz. Sie ist schon 80. Lange Jahre hat sie in den USA gelebt und dort als Bibliothekarin gearbeitet. Dann kam sie nach Berlin zurück. 1937 wurde sie von ihren Eltern nach England geschickt. Ihre Eltern flüchteten in die Niederlande und wurde von dort in ein Vernichtungslager deportiert. Bis 1935 hatte die Familie einen Buchladen in der Spandauer Judenstraße. Einige der heutigen BewohnerInnen der Kinkelstrasse kennt Frieda Berg noch von früher, oder sie kann sich an deren Eltern erinnern. Die mussten nie dort weg. Dass die Straße umbenannt wurde, hat sie im Ausland erfahren. Sie findet, dass die Rückbenennung eine Selbstverständlichkeit ist.

Eva Schönfeld ist Sekretärin des benachbarten Kirchenkreises. Das mit der Strassenumbenennung ist ihr eigentlich egal, obwohl sie in der Kinkelstraße wohnt. Und sie hat auch nichts gegen Juden. Auf eine Straße, die Judenstraße heisst, wird man allerdings überall angesprochen. Für Politik interessiert sie sich nicht. Und dass FDP und SPD sich jetzt beharken, ist ihr völlig egal. Weil sie gleich da wohnt, hat sie sich die Straßenumbenennung vom Balkon aus angesehen. Dass die Leute gemault und gemurrt haben, hat sie auch der Morgenpost gesagt. Aber solche Sprüche hat sie wirklich nicht gehört.

Michaela Brink wohnt in der alten Bahnhofstraße, die in die Kinkelstraße mündet. Als ihr Nachbar Horst Schacht in der Gruppe der Schreihälse auftauchte, hat sie sich gewundert. Der wohnt doch gar nicht in der Kinkelstraße, hat sie sich gedacht. Sie hat genau gehört, dass der Horst Schacht in der Gruppe der Leute stand, die „Juden raus“ „Juden haben selber schuld“ gerufen haben. Und dass er mitgerufen hat, da ist sie fast sicher. Ganz glücklich ist sie darüber nicht. Ab soll sie nun etwa ihren Nachbarn anzeigen? Mit dem Sohn von Schacht gehen die Kinder in die Schule. Und er hat erst kürzlich ihrem Mann einen

guten Geschäftskontaktpartner verschafft. Die Situation war ja auch ziemlich unübersichtlich, chaotisch und laut. Und dass sich die Leute ärgern, dass die Straße nun diesen auf Juden hinweisenden Namen hat, ist ja auch erst mal nachvollziehbar.

Farhad Nematzadeh ist 18 und lebt seit 4 Jahren in Spandau. Seit seinem ersten Lebensjahr ist er in Deutschland, seine Eltern sind mit ihm aus dem Iran geflohen. Die Kinkelstrasse ist ihm völlig egal. Aber dass die Deutschen so ein Theater machen, ob die Strasse nun so oder so heisst, findet er auch ganz schön abgedreht. Überall wird über den Nationalsozialismus geredet, aber für die Situation im Iran interessiert sich kein Mensch. Sein Geschichtslehrer Schmidt hat ihm gesagt: Das ist „unsere Geschichte“. Seine Eltern sehen das ähnlich. Manchmal fragt er sich, ob die Juden von heute die Ausländer sind.

Charlotte Sarazen lebt in Köln. Den Namen „Bürgeraktion“, der ja fast an die berüchtigten Judenaktionen der Nazis erinnert, findet sie eine Zumutung. Ihre afrodeutschen Kinder kommen immer öfter entnervt aus der Schule nach Haus und sagen, dass das alles Nazis sind in ihrer Klasse, wie früher. Sie findet die Situation sehr beunruhigend und überlegt, einen Leserbrief zu schreiben.

Rüdiger Schreier ist Leiter der zuständigen Polizeidirektion. Was anlässlich der Straßenumbenennung passiert ist, hält er für einen beschämenden Vorfall. Als der Einsatz war, hatte er gerade Dienstbesprechung im Präsidium. Aber er kennt die Situation aus den Schilderungen seines Stellvertreters und einzelner eingesetzter Beamter. Seine Beamten haben Pfiffe und Buhrufe gehört, es war richtig chaotisch und eine große Geräuschkulisse, deshalb haben sie den genauen Inhalt der Rufe offenbar nicht gehört und können nun deshalb auch nicht sagen, ob etwas dabei war, das den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Aber wenn Alexander Weiss sich so sicher ist, könnte er ja auch eine Anzeige machen. Und die ist bis jetzt nicht eingegangen.

Andrea Baumann ist Anwohnerin der Kinkelstraße. Sie hat im Prinzip nichts gegen die Umbenennung. Aber schließlich gibt es ja heute schon überall Gedenksteine, da muss in der Kinkelstrasse nicht auch noch einer hin. Denn heute wohnen hier andere, warum sollen die Leute heute sich mit dem beschäftigen, was früher angerichtet wurde? Sie findet die Umbenennung undemokratisch, die Bürger wurden nicht gefragt und viel zu spät informiert. Durch Weiss' Nazivergleich fühlt sie sich ins rechte Abseits gestellt. Nur vom Hörensagen hat sie gehört, dass eine Frau im Vorbeigehen gesagt haben soll: „Die Juden sind an allem schuld.“

Gerhard Wisnewski ist FDP-Abgeordneter in der Bezirksversammlung. Ganz früh hat er mal ein Geschichtsstudium abgebrochen, war dann Polizist und heute macht er nur noch Politik. Solange er denken kann lebt er in Spandau. Seit Mitte der 80er Jahre setzt er sich für die Umbenennung der Straße in Judenstraße ein. Er ist stolz auf Deutschland, nicht auf die dunklen 12 Jahre zwischen 1933 und 1945, versteht sich. In der Umbenennung sieht er eine Möglichkeit, den Makel der Geschichte auszugleichen. Dass das Projekt nicht von allen Spandauern begrüßt wurde, war ihm schon klar, aber es hatte die Mehrheit in den Bezirksverordnetenversammlung. Dass es so eskaliert, hätte er auch nicht gedacht. Das war ja richtig Pogromstimmung. Die Polizeibeamten haben bei den antisemitischen Sprüchen weggehört. Schon als er in seiner Rede die Umbenennung 1938 erwähnte, hatte einer der Umstehenden gerufen „und das ist auch gut so“. Und als dann Weiss gesprochen hat, wurde aus dem einen Rufer eine Menge, aus der ihm wütest und unverschämtes Gebrüll entgegenschlug. Was im Einzelnen gerufen wurde, war kaum zu verstehen. Nur eine einzige Person konnte er identifizieren, einen bekannten Spandauer Geschäftsmann, der das Wort „gottlos“ gerufen hat. Mehr noch als die Bürger allerdings empört ihn die Aussage des SPD-Bundestagsabgeordneten Schmidt, die FDP habe mit der Einladung von Weiss die Sache erst richtig aufgebauscht. Das Bezirksamt wollte keine Feierlichkeiten, also hat er die Initiative ergriffen und den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde eingeladen. Die Rückbenennung der Judenstraße ist sein Herzensanliegen. Es füllt drei dicke Ordner. Jüdisches Leben war seit dem 13. Jahrhundert ein bedeutender Teil Spandaus. Der Streit um die Straßenumbenennung war zäh, aber notwendig. 1987 wurde sie von der Bezirksverordnetenversammlung verworfen, 1994 beschlossen, 1996 wieder verworfen und jetzt erneut beschlossen. Auf Initiative seiner FDP. Er ist stolz, dass sie da drangeblieben sind.

Alexander Weiss, ist Vorsitzender der jüdischen Landegemeinde Berlin. In seiner Gemeinde wurde die geplante Rückbenennung der Straße als positives Zeichen wahrgenommen, das in erfreulichem Widerspruch zu den erst vor kurzem öffentlich diskutierten antisemitischen Aussagen eines FDP-Spitzenpolitikers steht. Insofern hat er nicht lange gezögert, im Rahmen des Festaktes eine Rede zu halten. Schon bei der Rede von Wisnewski hat er die Unruhe gespürt, die ihm auch aus Berichten der Spandauer Bezirksverordnetenversammlung berichtet worden war. Als er anfang zu reden, formierte sich unmittelbar vor ihm ein Mob, der „Juden, Juden“ schrie und „Ihr Juden habt Jesus gekreuzigt“. Das waren keine Skinheads, sondern bürgerliche Leute jeden Alters. Als er angehoben hatte zu sagen, dass die Rückbenennung nicht die Sache der jüdischen Gemeinde, sondern Teil der deutschen, Berliner, Spandauer Geschichte ist, war ihm schon klar, dass diese Sache aber zu seiner Würde, je länger er versuchte diesen Mob zu ignorieren. 400 Jahre hieß die Straße Judenstraße, sie wurde 1938 umbenannt. In diesem Moment bekam das Geschrei einen richtig hasserfüllten Ausdruck. 1938 wurde diese Straße „arisiert“. Es folgte eine viele Jahre andauernde Kontroverse und nun behaupten die Leute, sie seien nicht richtig vorbereitet. Und sie reden von Umbenennung als sollte die Straße einen

neuen Namen bekommen, tatsächlich aber erhält sie mit der Rückbenennung ja ihren alten Namen zurück. Als das Gebrülle überhand nahm, rief er ihnen zu: „Sie stellen sich, ob Sie's wollen oder nicht, in eine Reihe mit Neonazis“. Danach brach er seinen Vortrag ab. Er hätte beinahe die Nerven verloren, so geschockt war er. Dieses Erlebnis riss alte Wunden auf, auch wenn solche Leute heute zum Glück noch keine Macht haben. „Nur mit viel Mühe konnte ich Haltung bewahren“, berichtete er in einer Gemeindezeitung einige Wochen später. „Konsterniert fragte ich mich, wo befinde ich mich, in welcher Zeit leben wir?“ Am Abend nach der Veranstaltung haben ihn Redakteure angerufen und gefragt, ob er nicht eine Strafanzeige gegen Unbekannt stellen wollte, aber das ist nicht seine Aufgabe, bei einem Officialdelikt sind Staatsanwaltschaft und Polizei in der Verantwortung, von sich aus tätig zu werden. Nach dem Vorfall hat er viele Zuschriften aus der halben Republik bekommen, in denen Menschen ihre Solidarität bekunden. Darüber freut er sich sehr.

Suibert Müller ist Mitglied der „Bürgeraktion Kinkelstrasse“. Die Bürgeraktion Kinkelstrasse engagiert sich seit Jahren gegen die Umbenennung der Straße. Mitglieder sind vor allem Anwohner der Kinkelstraße aber auch einige andere ehrenwerte Spandauer Bürger. Er findet, die Kinkelstrasse ist heutige Realität. Was in der Vergangenheit war, kann heute nicht mehr gelten. Und die Beibehaltung des Namens Kinkelstraße, die ja immerhin auf einen Demokraten und Schriftsteller, Gottfried Kinkel, verweist, der 1848/49 an der Revolution teilgenommen hatte und Mitte des Jahrhunderts ein Jahr im Spandauer Zuchthaus verbrachte, macht auch den Bruch mit der Geschichte sichtbar. Dass Wisnewski das damit quittiert, er meine wohl den Bruch mit den Juden, sieht er als eine unzulässige Zuspitzung aus der aufgeheizten politischen Debatte. Die genannten Rufe hat er nicht gehört, kann sie aber auch nicht ausschließen. Es ist doch richtig, dass die Leute zeigen, wie erobert sie sind, schließlich gab es keine Rücksichtnahme gegenüber den AnwohnerInnen und keine hinreichenden Informationen. Er findet es übertrieben, aber um die Sache aufzuklären haben er und noch drei andere Mitglieder der Bürgeraktion am Montag Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt.

Udo Werner ist ein 30-jähriger Historiker und wohnt seit einem Jahr in Spandau in einer Seitenstraße der Kinkelstraße. Er ist empört, was hier abläuft und sieht seine Wahrnehmung der letzten Monate bestätigt, dass es in seinem Umfeld rechte Tendenzen gibt. Der Zeitung hat er entnommen, dass es einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung gab und seit Jahren über die Rückbenennung gestritten werde, und jetzt empören sich die Leute, sie seien nicht informiert gewesen. Gelesen hat er auch, dass Judenstraße der älteste überlieferte Straßename in ganz Spandau ist. Seit 1537 hieß die Straße Judenstraße. Dass nun Demonstranten aus ganz Berlin in Spandau gegen Antisemitismus demonstrieren wollen, findet er verständlich, aber nicht die richtige Form um im Bezirk etwas zu verändern.

Per Brandt ist Redakteur der Berliner *taz*. Er hat zwei Artikel und eine Kurzmeldung über die Umbenennung geschrieben. Unklar ist ihm bei heute, ob es den Vorfall überhaupt gegeben hat, schließlich gibt es mindestens zwei Seiten, die Sicht von Weiss und dem FDP-Abgeordneten, die offensichtlich Pro-Umbenennung waren und die von Polizei und Anwohnern. Nachdem bei der *taz* Anrufe eingingen, die behaupteten, er wolle das Ereignis kleinreden, hat er noch mal versucht, Weiss' Position zu stärken, denn der ist ja ein Ehrenmann und das macht es wohl mehr als unwahrscheinlich, dass es den Eklat nicht gegeben hat. So hat er das dann auch in seinem nächsten Artikel geschrieben. Ein paar Demonstranten haben ihm dann ihren Demoaufruf geschickt, in dem stand, die Bezeichnung Ehrenmann beschreibe ja erst recht, dass Weiss' Glaubwürdigkeit in Frage stehe. Er findet das übertrieben.

Manfred Emde ist Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung. Er und seine KollegInnen haben sich über den Eklat bei der Straßenumbenennung nicht gewundert, denn solche Vorfälle sind bei Straßenumrückbenennungen häufig. Auch in der Nähe von Erlangen hat es neulich so eine Skandalgeschichte gegeben. Da war eine Straße noch immer nach dem Bürgermeister und NSDAP-Ortsgruppenleiter benannt. Anlässlich der Umbenennung zogen die Anwohner mit Schildern durch die Straßen, auf denen „Juden raus“ stand. Es gab viele Anwohner, die zwar etwas gehört haben mussten, das hatte die Polizei besser erfasst als in Spandau. Aber sie sagten alle, sie hätten nichts gehört. Man will eben nicht zum Denunzianten seines Nachbarn werden, egal was der getan hat.

Sascha Meier, SPD-Kreis-Vorsitzender und Bundestagsabgeordneter, 34 Jahre alt. Auch wenn 17 Jahre lang über die Straßenumbenennung gestritten wurde, ist dennoch das Überstimmen von Bürgern, die ja nun schließlich unmittelbar betroffen sind, nichts anderes als „bürgerfeindlich“. Das hat er während des Bundestagswahlkampfes auch gesagt und dafür den Vorwurf den Populismus eingesteckt. In die Angelegenheiten der Bürger kann man sich nicht einfach anmaßen von Außen herein zu reden, so wie es Abrams, der Bürgermeister der amerikanischen Partnerstadt Boca Raton, versucht, der dem Spandauer Bürgermeister einen ganzen Fragenkatalog zu der Sache übersandt haben will. Nur: Angekommen ist der natürlich nie.

Kay Behnke ist Student an der Humboldt-Uni. Davon, dass während des Festaktes antisemitische Äußerungen gefallen sind, hat er aus der Zeitung erfahren. In letzter Zeit hat es in Berlin zahlreiche antisemitische Vorfälle gegeben. Juden wurden auf der Straße angegriffen, Friedhöfe geschändet und Brandanschläge auf Synagogen verübt. Kay beobachtet den wachsenden Antisemitismus mit Sorge. Auch in einer AG in der Uni in der er mitarbeitet, wurden in letzter Zeit antisemitische Töne laut. Nun hat auch noch eine Neonazigruppe, der „Jungsturm“, im Internet den Vorfall angezweifelt. Für den nächsten Samstag hat seine Initiative die Hummel-Antifa unter dem Motto „Wenn Antisemiten angreifen, dann Sorge dafür, dass sie es

nie wieder tun!“ aufgerufen, zahlreiche Straßen in Spandau in Judenstraße umzubenennen. In ihrem Demonstrationsaufruf steht: „Antisemitische Übergriffe wie die Schändung jüdischer Friedhöfe sind keine Auswüchse des Antisemitismus – sie sind er selbst: die Verkündung des Willens zum erneuten Mord. Darin ähneln sie der verweigerten Erinnerung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus und die Juden überhaupt. In der Spandauer Wohlfühlgemeinschaft möchte man die Juden und selbst die Erinnerung an sie nicht haben.“

Dr. Karl Neumann, Vorsitzender der *Kassenärztlichen Vereinigung Berlin*: Er kennt die Auseinandersetzung nur aus der Zeitung. An eine eigene Erfahrung allerdings haben ihn die Schilderungen deutlich erinnert. An die Abwehr und Feindseligkeit, die er spürte, als er versuchte, den Mantel des Schweigens über die Mitverantwortung eines Großteils der Kassenärzteschaft als Erfüllungsgehilfen der Nazis zu lüften. Mit ein paar Kollegen und Kolleginnen hat er in den vergangenen Jahren innerhalb der eigenen Reihen und öffentlich die Diskussion über die Mitschuld der Ärzteschaft an den Verbrechen der braunen Machthaber, über Antisemitismus und Eugenik eröffnet. Und er hat gespürt, wie die damaligen Repressionen gegenüber den jüdischen Kollegen immer noch verdrängt, wie die aktive oder stillschweigende Unterstützung dieser Repressionen durch einen Großteil der damaligen Kassenärzteschaft heute immer noch verharmlost wird. Dieses Nicht-Wahrhaben-Wollen schließt ältere wie jüngere Ärzte ein. Diese eigene Erfahrung, die manchmal zu einer Mauer des Schweigens auf Konferenzen und bis hin zu Drohanrufen bei ihm Zuhause ging, hat er nicht vergessen und er kann nicht anders, als diese Gefühle mit dem zu vergleichen, was er aus Spandau hört.



Aufgaben für die Weiterarbeit:

- Sucht euch eine Person aus, stellt euch ihre Lebensumstände vor und beschreibt das Ereignis, wie sie es erlebt haben könnte.
- Überlegt, wie sie das Ereignis bewertet haben könnte. Wie z. B. würde sie es einer Freundin oder einem Bekannten erzählen?
- Welche Position nimmt die Person zu der Rückbenennung der Straße ein und warum?
- Was kann sie tun, um ihren Standpunkt durchzusetzen?